

Anarchosyndikalistische Plugschriftenreihe Heft 336

Matthias Wagner

Die Polizei als Verfolgungs- und Kriegsbehörde der Nationalsozialisten



Carl Severing (SPD) Franz von Papen (DNVP) Hermann Göring (NSDAP)

Kostenlos --- Spende erwünscht

Matthias Wagner

Die Polizei als Verfolgungs- und Kriegsbehörde der Nationalsozialisten



Redebeitrag aus Lüdenscheid



Heute streiten sich der Verteidigungsminister und der Wehrbeauftragte darum, ob der Einsatz von ca. 4.000 Soldaten in Afghanistan ein Kriegseinsatz ist oder nicht, angesichts vieler Gefallener bis jetzt: Was ist Wahrheit, was ist Lüge? Verlogenheit war ein wichtiger Teil der nationalsozialistischen Politik.

1. Über vielen Konzentrationslagern stand der Slogan "Arbeit macht frei" - aber in Wirklichkeit geschah "Vernichtung durch Arbeit".

2. Bis 1939 sprach Hitler immer davon, dass er den Frieden sichern wolle; er meinte damit aber nur die Sicherung der Vorherrschaft der deutschen Nationalsozialisten. Frieden gab es nur für diejenigen, die sich unterwarfen.

3. Der Propagandaslogan der Polizei lautete zur Zeit der Nationalsozialisten: "Die Polizei, dein Freund und Helfer", aber in Wirklichkeit war sie das Werkzeug des Terrors - also Feind und Verfolger von Menschen, die nicht Nationalsozialisten sein wollten - Kommunisten; Gewerkschafter, Kritiker u.a. - oder von ihnen zu Feinden erklärt wurden: Juden, Sinti, Roma, Homosexuelle, Bibelforscher u.a. Name und Einrichtung der Polizei entstanden zu Beginn der Neuzeit. Damals wurde sie nach dem griechischen Wort Politeia benannt, das man mit "Aufgaben der Gesellschaft und des Staates" übersetzen kann. Nach dem "Allgemeinen preußischen Landrecht" von 1791 diente die Polizei der "Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publico, oder einzelnen Mitgliedern desselben, bevorstehenden Gefahr". In der Wilhelminischen Zeit wurde 1891 die Politische Polizei zur politischen Kontrolle durch den preußischen Obrigkeitsstaat gegründet. Der Erste Weltkrieg hatte für das Gewaltmonopol und die Autorität der Polizei verheerende Folgen. Freikorps, Stahlheim und SA einerseits und die Rote Front andererseits eigneten sich viele Waffen der heimkehrenden Soldaten an. Der Kapp-Putsch und andere gewaltsame Aufstände führten zu mehreren tausend Toten. Oft wurde die Polizei nicht Herr der Lage, sondern Prügelknabe der Gesellschaft. Erst unter dem sozialdemokratischen Innenminister Severing konnte in Preußen eine demokratische Polizei aufgebaut werden, die aber nach dem Preußenschlag 1932 der konservativen Politik des Reichskanzlers von Papen unterstellt wurde. Die republikanischen Polizeipräsidenten wurden durch konservative ersetzt. 11 Tage nachdem Adolf Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt

worden war, ordnete Hermann Göring an: "Der Höhere Polizeiführer West wird ermächtigt, (...) für die Polizei Angehörige der S.A., und der S.S. und des Stahlhelm (!) unter Führung von Polizeioffizieren heranzuziehen." (11.2.1933) Die Hundertschaften der Landespolizei sollten nach dem Erlass des Reichswehrministers (!) vom 8.2.1934 im Mobilmachungsfall unter den Befehl des Heeres treten. Ab 1936 unterstanden sie ganz der Wehrmacht und wurden zu einem Teil der deutschen Kriegsstrategie.

Und was geschah vor Ort? Als Beispiel nehme ich Lüdenscheid

"Am 24. Februar wurde Polizeihauptmann Ranocha aus Bochum vorübergehend mit der Leitung der 34köpfigen Gemeindevollzugspolizei betraut. Der bisherige Leiter, Polizeikommissar Rüdiger, in einem späteren Bericht ‚als einer der ärgsten und erbittertesten Gegner‘ der Nationalsozialisten bezeichnet, blieb zwar im Amt, wurde ihm aber direkt unterstellt. Formell war der amtierende Bürgermeister, der im April 1925 gewählte, hauptamtliche Beigeordnete Hans Rommel, auch weiterhin für die Exekutivpolizei in Lüdenscheid verantwortlich. - Bei der Verfolgung kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre und Aktivitäten griff die Polizei in der Folgezeit hart durch. (...) Weitere personelle Veränderungen wurden zunächst nicht vorgenommen. Von den 28 SA-, SS- und Stahlhelm-Mitgliedern abgesehen, die Anfang März als Hilfspolizisten eingesetzt wurden, um die Schlagkraft der Polizei zu erhöhen, wurden weder neue Vollzugsbeamte eingestellt, noch wurden Bedienstete aus politischen Gründen entlassen. Manchen Nazis ging das trotz aller Erfolge der Polizei allerdings nicht weit genug, galten in ihren Augen doch gerade die Polizeibeamten in Lüdenscheid ‚als völlig marxistisch verseucht‘." Ranocha kehrte am 10.6.1933 nach Bochum zurück und der frühere Polizeikommissar Rüdiger wurde ‚aus gesundheitlichen Gründen‘ in den Ruhestand versetzt. In dem teils mit großer physischer Gewalt geführten politischen Konflikt waren Kommunisten die ersten Opfer. Im März und April 1933 wurde ca. jedes fünfte Mitglied der KPD in Haft genommen.

In der Auseinandersetzung zwischen der Polizei, dem Bürgermeister und der SA setzte sich die nationalsozialistische Sturmabteilung Lüdenscheids durch. Das zeigte sich schon im April 1933, als die SA Dr. Schulte zu Oven verhaftete und der Polizei für die Schutzhaft aushändigte. Am 24. Juni 1933 verfügte der Polizeipräsident von Hagen gemäß einer Vorgabe des Regierungspräsidenten zu Arnberg vom 27.3.1933 per Fernschreiben: "sämtliche mitglieder der sozialdemokratischen partei deutschland, die heute noch den volksvertretungen und gemeindevertretungen angehören sind sofort von der weiteren ausübung ihrer mandate auszuschließen, weil ihre weiterbetätigung eine gefährdung der öffentlichen sicherheit darstellt. Die kreispolizeibehörden haben daher solche (n!) personen durch polizeiverfügung aufzugeben sich der weiteren ausübung des mandates zu enthalten, widrigenfalls ihre polizeiliche inhaftnahme nach massgabe des paragr 1 der verordnung zum schutze von volk und staat vom 28.2.33 erfolgen würde. (...) vermögensgegenstände der spd und ihrer hilfs- und ersatzorganisationen sind (...) polizeilich zu beschlagnahmen".

Am 31.7.1933 wurde der SA-Brigadeführer Escher feierlich als Nachfolger Ranochas und Polizeikommissar der Ortspolizei Lüdenscheid eingeführt. Nicht mehr der demokratische Staat, sondern die NSDAP verfügte nun hier über die "Sicherheit". "Namentlich drei Hauptwachmeister (waren) ins Visier der NSDAP geraten, denen man vorwarf, Mitglied der SPD zu sein oder mit ihr zu sympathisieren und aus ihrer Feindschaft gegenüber den Nazis in der Vergangenheit keinen Hohl gemacht zu haben. In einem Brief an den Regierungspräsidenten wies der neue Leiter der Gemeindevollzugspolizei ausdrücklich auf zwei Beamte hin, welche heute noch ausgesprochene Marxisten sind, und sie mir die Gewähr an dem Aufbau eines nat.-soz. Staates nicht geben. Ich

bitte um Beurlaubung dieser beiden Beamten. Den Polizeibeamten J. bitte ich mit einem im Kreis Wittgenstein beurlaubten Beamten auszutauschen.' In seinem Überschwang fügte er noch hinzu: 'Wünschenswert ist, dass Herr Bürgermeister Rommel ausgewechselt wird, da dieses im Interesse des Wiederaufstiegs nötig ist.' Sein Eifer (also der Eifer des SA-Brigadegenerals) wurde jedoch gebremst. Der Magistrat fühlte sich durch diesen (...) Schritt übergangen und protestierte energisch dagegen." Einer der angezeigten Polizeibeamten konnte im Dienst bleiben, ein anderer wechselte als Bote in die Lüdenscheider Stadtverwaltung und ein dritter wurde für einige Zeit entlassen und zu Beginn des Krieges wieder eingestellt.

Das Deutsche Reich wurde von den Nationalsozialisten in Gauen eingeteilt. Die Kreise Iserlohn und Altena gehörten zum Gau Westfalen-Süd der NSDAP. Dessen Hauptstadt war Bochum. Der dortige Polizeipräsident musste ebenfalls ein Polizeibataillon für den Krieg aufstellen. Es erhielt die Nummer 301 und war zunächst für die Besetzung Polens und die Bewachung Warschaws zuständig. Später verfolgte es politische Kommissare und Partisanen im Mittelabschnitt der Ostfront Russlands und erschoss viele russische Kriegsgefangene.

Mit dem Kriegsbeginn am 1.9.1939 wurde das ausgebaut, was schon in Österreich und der Tschechei begonnen wurde. Unter der Führung der SS übernahmen Polizisten die Sicherung der besetzten Gebiete. Hierfür wurden im Zweiten Weltkrieg insgesamt ca. 110 Polizeibataillone aufgestellt, die die Rassenpolitik, die Weltanschauungspolitik und die Vorherrschaft der nationalsozialistischen Deutschen mit Gewalt verwirklichen sollten. Ungefähr die Hälfte aller Polizisten war zeitweise im Auslands- und Kriegseinsatz.

Schon Friedrich der Große hatte die Polen "Irokesen" genannt und mit diesem Vergleich das fehlende Recht auf einen eigenen polnischen Staat behauptet. So wie die Indianer kein Recht auf einen eigenen Staat in Nord-Amerika haben sollten, so sollten die Polen keinen eigenen Staat in Europa bilden dürfen. Darauf bezogen sich die Nationalsozialisten. Nach dem Angriff der Wehrmacht unterwarfen und unterdrückten die SS- und Polizeieinheiten die Bevölkerung Polens. In den vier Kriegsmonaten bis Ende Dezember 1939 wurden mehr als 60 000 Polen von der SS und den deutschen Polizeibataillonen erschossen, besonders viele Menschen mit abgeschlossenem Studium und Juden. Die Polizei überwachte die Schulen, in denen nur bis 500 gerechnet werden durfte; sie organisierte die Deportation der ZwangsarbeiterInnen; sie zwang mehr als eine Mio. Polen, das Generalgouvernement zu verlassen, wo deutsche Bauern angesiedelt wurden; sie nahm mehr als 20 000 arisch aussehende polnische Kinder ihren Eltern weg ; sie ließ viele tausend polnische Menschen mit Behinderungen töten; sie trieb die jüdischen Polen in Ghettos zusammen und deportierte in die Todeslager der SS mehr als 3 Mio. Menschen meistens Juden, die ermordet wurden.

Schon ab 1936 war der Ausbildungsunterricht der deutschen Polizei dem der SS angepasst. Das hieß auch, dass die Polizisten zum Hass gegen Juden trainiert wurden. Entsprechend verhielten sich die deutschen Polizisten, als sie die Besatzungsmacht über Polen ausübten. Adolf Hitler sagte am 22.8.1939 vor höheren Wehrmachtbefehlshabern auf dem Obersalzberg: "So habe ich, einstweilen nur im Osten, meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir gebrauchen." "Am 29. August 1939 werden (...) die notwendigen Absprachen zwischen militärischen Stellen und Vertretern der Berliner Polizeibehörde getroffen." "Als Hitler sich durch die Einsatzgruppen den erwünschten ,propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges' liefern ließ, indem er deutsche Polizisten - als polnische Soldaten und Freischärler verkleidet - im oberschlesischen Grenzraum am Vorabend

des Angriffs polnische Überfälle auf Reichsgebiet vortäuschen ließ, war die Wehrmacht nicht nur vorab in Kenntnis gesetzt worden, sondern sie stellte sogar die für dieses Täuschungsmanöver benötigten polnischen Uniformen." Die Einsatzgruppe von SS-Gruppenführer Udo von Woysch erhielt von Himmler am 3.9.1939 folgenden Befehl: "Ihre Aufgabe ist mit den Ihnen bereits zugeteilten Kräften: Entwaffnung und Niederkämpfung der polnischen Banden, Exekutionen (...)."

Mehrere Synagogen, auch die in Kattowitz, wurden verbrannt und Juden erschossen. Allein in Przemysl und Umgebung gab es 500-600 Opfer. Obwohl einige Offiziere der Wehrmacht gegen die Terrormaßnahmen der SS- und Polizeieinsatzgruppen protestierten ordnete Generaloberst List für das XVIII. Armeekorps an "eine weit gehende Unterstützung der Einsatzkommandos bei ihren grenz- und staatspolitischen Aufgaben, die im Interesse der Truppe" lägen. "Ein Angehöriger des Einsatzkommandos Hasselberg gab im Dezember 1939 zu Protokoll: „Dann bekam ich erneut ein Kommando, die Sansicherung von Jaroslau bis Sandomierz. Diese Strecke habe ich dann judenfrei gemacht und etwa 18 000 Juden über den San abgeschoben. Das Gebiet war vor allem mit der Wehrmacht gesäubert worden.“ "Als die ersten Massenerschießungen der Einsatztruppen und des ‚Volksteutschen Selbstschutzes‘ bekannt wurden, trug Admiral Wilhelm Canaris seine diesbezüglich bereits vor Angriffsbeginn geäußerten Bedenken Generaloberst Wilhelm Keitel erneut vor. (...) Die Antwort des Chefs des OKW kam einem Offenbarungseid gleich: „Diese Sache (sei) bereits vom Führer entschieden (...), der dem Oberbefehlshaber des Heeres klar gemacht habe, dass, wenn die Wehrmacht hiermit nichts zu tun haben wolle, sie es hinnehmen müsse, dass SS und Gestapo neben ihr in Erscheinung treten.“ Die ‚volkstümliche (d.h. rassistische) Ausrottung‘ fiel dann eben den Zivilbefehlshabern zu, die neben den Militärbefehlshabern eingesetzt würden." Die Sonderkommandos handelten auf Anordnung Hitlers, der allerdings die Wehrmacht erst durch Himmler im März 1940 über die rechtswidrigen polen- und judenfeindlichen Mordtaten als Teil seiner Politik informierte. "Daher bildete nicht der Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941, sondern der erste Einsatz der Wehrmacht (und der Polizeibataillone, M.W.) in Polen im September 1939 den Auftakt zum Vernichtungskrieg." Mit dem Ergebnis endet Jochen Böhlers Buch "Auftakt zum Vernichtungskrieg - Die Wehrmacht in Polen 1939".

Zwei Polizisten aus Lüdenscheid stehen für 56 weitere im Kriegseinsatz

1) Der Hauptwachtmeister der Lüdenscheider Schutzpolizei Heinrich B(rakhan) musste 1939 im Alter von 44 Jahren an der Besetzung Polens teilnehmen. Er war vom 5.9. bis 15.12.1939 in Radom stationiert. Sein damaliger Vorgesetzter, Hauptmann der Schutzpolizei Treseler, schrieb über ihn: "B(rakhan) fand vorwiegend im Wachdienst als Wachhabender Verwendung. Als solcher oblag ihm in vielen Fällen die Entscheidung über vorzunehmende Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Festnahmen. Durch sein energisches und schnelles Durchgreifen hat er in mehreren Fällen recht gute Erfolge erzielt und sich dadurch bei der Beseitigung des jüdischen Schieberwesens in mehreren Fällen besonders verdient gemacht. Nach Auflösung des Kommandos in Radom wurde B(rakhan) in Zichenau eingesetzt. Er wurde vorwiegend im Streifendienst verwandt und hat die ihm übertragenen Aufgaben gewissenhaft erfüllt. B(rakhan) war ein guter Kamerad." Nach den beiden Polizeieinsätzen im vierten Quartal 1939 und im ersten Quartal 1940 kam B(rakhan) krank nach Lüdenscheid. Dem Amtsarzt klagte er über "innere Unruhe, Nervosität und der Angst vor Überreaktionen im Dienst". Der Amtsarzt urteilte: "Ich führe die Erscheinungen auf allgemeine Nervosität zurück und empfehle eine Heilungskur von 3 Wochen Dauer in waldreicher Gegend." Wegen der Beschwerden kam B(rakhan) im August für eine Woche ins hiesige Krankenhaus. Der Chefarzt schrieb. "Es handelt sich vielmehr um einen Zustand erhöhter nervöser Reizbarkeit und Ermüdbarkeit in den letzten Monaten, der durchaus

auf vermehrte Ansprüche im Dienst zurückgeführt werden kann." Dieses Urteil hat ein großes Gewicht, da die meisten Krankenhausärzte hier nicht nur Mitglieder der NSDAP waren, sondern den Umgang mit den Patienten im Geist der militärischen Härte und Einordnung des Einzelnen unter das Wohl des Volkes aus der Sicht der Nationalsozialisten ausführten. Ein Jahr danach trat B(rakhan) offiziell aus der evangelischen Kirche aus. Dazu wurden Polizisten immer wieder von der NSDAP aufgefordert. Über das weitere Leben waren keine Unterlagen in den Archiven Lüdenscheids, Altenas, Münsters und Berlins zu finden. Radom zählte zum Distrikt Lublin, in dem Globocnik für die Einsatzbataillone zuständig war. Er gilt heute als der gefährlichste Judenverfolger in Polen. Die Erkrankung von B(rakhan) zeigt, dass nicht alle Polizisten im Auslandseinsatz die unmenschliche und tödliche Polizeiarbeit schadlos überstehen konnten.

2) Poppe Janßen war 1934 bis 1941 Chef der Lüdenscheider Polizei. Er kam aus Unna, wo ihn die NSDAP im Frühjahr 1933 aus dem Dienst entfernt hatte, weil er in seinen Dienstjahren als Polizist die gewalttätige SA in die Schranken des Rechtsstaates verwiesen hatte. Da er mit seiner Familie weiterhin ein Recht auf ein Einkommen hatte, suchte die Polizeibehörde eine passende Arbeitsstelle für ihn und nahm die Versetzung nach Lüdenscheid vor. Hier war der ehemalige Polizeikommissar wie in zahlreichen anderen Städten abgesetzt worden und hatte der SA-Brigadeführer Escher im Auftrag des Oberbürgermeisters die Leitung der Polizeiexekutive bis zum April 1934 übernommen. Sein Nachfolger Poppe Janssen versuchte, die hiesige Polizei weniger faschistisch und judenfeindlich auftreten zu lassen, als das in anderen Städten der Fall war. Allerdings verfolgte er intensiv Kommunisten und radikale Gewerkschafter. Aber nach 1938 wurde der Druck auf ihn größer und er erkrankte zeitweise. Der Lüdenscheider Oberbürgermeister bat in seinem negativen Gutachten am 8.8.1938 den Regierungspräsidenten in Arnberg um die Versetzung seines untergebenen Leiters der Ortspolizei. Mutig zeigte er noch 1938 einen Kollegen an, der eine jüdische Lüdenscheiderin mit Worten vor ihren Kindern und der Öffentlichkeit entehrt und diskriminiert hatte. Aber das Versetzungsgesuch des Regierungspräsidenten und des Oberbürgermeisters wurde vom Reichsführer SS am 22.8.1938 abgelehnt. Nach mehreren Erkrankungen meldete sich Poppe Janßen zum 1.10. 1941 zur Landes- und Reichspolizei und wurde dann als Oberleutnant in Sasnowitz bei Kattowitz eingesetzt. Anschließend wurde er als Hauptmann eines Polizeieinsatzbataillons von der "Bergvölkerabwicklungsstelle" für die Zeit vom 22.8.1942 bis zum 30.1.1943 nach Ordshonikidse in Kaukasien kommandiert. Hier sollte zur Sicherung und Nutzung der Ölvorkommen ein Generalbezirk geschaffen werden. In Zusammenarbeit der Wehrmacht mit der Einsatzgruppe D (dem SS-Kommando zur Ermordung der Juden im Süden der Ukraine und Russlands) und anderen deutschen und einheimischen Sicherheitskräften wurden hier Juden und viele Partisanen erschossen. Nach den Verlusten im Osten bekämpfte Poppe Janßen als Major des I. Polizeifreiwilligenregiment 2 in Kroatien seit dem 22.10 1944 Banden. Über sein weiteres Leben ist den Akten nichts zu entnehmen. Dass fast jeder Mensch zum Abgrund werden und ein Abgrund sein kann, zeigt sich in dem tragischen Schicksal des Lüdenscheider Polizeichefs, der ursprünglich kein Freund der Nationalsozialisten war. Dem Nachruf in der Kölnischen Rundschau vom 28.2.1967 ist zu entnehmen, dass Poppe Janssen 1947-1959 Chef der Polizei in Leverkusen war. Der Zeitungsartikel berichtete nur allgemein über seinen Kriegsdienst und dokumentiert das hilflose und das strategische Schweigen der Nachkriegszeit über die Verbrechen der Polizeibataillone.

Zu Beginn des Nationalsozialismus gab es 34 Polizisten in Lüdenscheid, am Ende waren es 81, von denen 56 im Kriegseinsatz gefangen genommen wurden. Die Zahl der gefallenen Polizisten ist bis heute nicht bekannt, da die Polizei sehr viele Unterlagen am Ende des Krieges vernichtet hat. Die Polizisten, die bei der Verfolgung von Juden, Sinti, Roma, Homosexuellen, Kommunisten, Gewerkschaftern, Andersdenkenden und Menschen mit Behinderungen aktiv mitgewirkt hatten,

merkten am Ende des Krieges, dass sie falsch gehandelt hatten. Manche nahmen sich das Leben oder litten ein Leben lang. Die meisten verdrängten und leugneten das Geschehene, um weiterleben zu können.

Die Nationalsozialisten setzten das Waffenmonopol der Polizisten zur Verfolgung und Unterdrückung von Teilen der Zivilbevölkerung in Deutschland und den besetzten Ländern ein, um den Rassenwahn zu verwirklichen und Andersdenkende auszuschalten. Dienstleid und Gruppenzwang führten dazu, dass viele Polizisten zu schrecklichen Werkzeugen des NS-Terrors wurden. Sie hatten im Dienst für den nationalsozialistischen Staat die eigene Verantwortung aufgegeben und waren zu Instrumenten einer unmenschlichen Rassen- und Kriegspolitik geworden, genauso wie viele Ärzte, Finanzbeamte, Verwaltungsbeamte, Lageraufseher und andere Deutsche.

Fußnoten:

[Anmerkung von ASF: Die Fußnoten sind nicht mehr zuordenbar, da sie in der Vorlage fehlen. Die FS haben wir stehen lassen und sie können immer noch als Quellenangabe genutzt werden.]

1 Karl Lauschke: Die Lüdenscheider Verwaltung 1933 bis 1945, in: M. Höffner, E. Trox: Lockung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus, Begleitband zur Ausstellung, Lüdenscheid 1999, S. 54

2 Lauschke, S. 55

3 D. Simon: Arbeiterbewegung S.442

4 StA Lüd B-000-2b

5 Lauschke S. 56

6 Stefan Klemp: "Nicht ermittelt" - Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz, Essen 2005, S. 435

7 Dieter Pohl: Verfolgung und Massenmorde in der NS-Zeit 1933-1945, Darmstadt 2003, S.49 ff

8 zitiert in: Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg - Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt 2006, S. 202 f

9 Böhler S. 203

10 Böhler S. 203 f

11 Böhler S. 210 f

12 zitiert in Böhler S. 215

13 zitiert in Böhler S. 219

14 Böhler S. 236 f

15 StA Lüd B 46561

16 StA Lüd B 46561

17 StA Lüd B 46561

18 Bernd Walter: Rassenhygiene und Gesundheitspflege in einer Stadtgesellschaft, in: M. Häffner, E.Trox: Lockung und Zwang, Lüdenscheid 1999, S. 191 ff; Gespräch mit Herrn Schlösser am 26.2.2007

19 BA ZB 1106 Blatt 069 (Bundesarchiv Berlin)

20 BA ZB 1106 Blatt 074

21 BA ZA 1106 Blatt 077

22 Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion, Hamburg 2003, S. 518, 571, 599, 605, 626, 629, 632, 641, 656 und W.Grossmann, I.Ehrenburg: Das Schwarzbuch - Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbeck 1994, S. 760

23 BA ZA 1106 Blatt 079. Ob das o.g. Regiment Gemeinsamkeiten mit dem SS-Polizeiregiment 2 hat, das mehrere zehntausend Zivilisten an der Ostfront u.a. ermordete, konnte ich nicht ermitteln. Vgl. Klemp S. 448

24 BDC ZB 1106 (Documentation Center Berlin)

Quelle: <http://schwarze.katze.dk/termine/ff09.html>

***„Uns aus dem Elend zu erlösen,
können Wir nur selbst tun!“***

Dieser unmissverständliche Satz aus der „**Internationalen**“ ist die Richtschnur der Arbeit von www.anarchosyndikalismus.de.vu & <http://syndikalismus.wordpress.com>

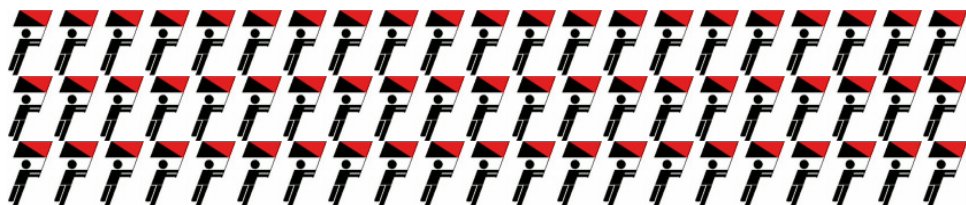
Wir informieren und berichten auf unseren Webseiten aus einem anarchosyndikalistischen Selbstverständnis heraus über alles von Interesse, um dazu beizutragen *uns aus dem Elend zu erlösen*. Als ArbeiterInnen, Prekäre und Erwerbslose begegnen wir täglich Ungerechtigkeiten und Elend in vielfältigen Formen und Facetten. Sei es der Kapitalismus, die Herrschaft, der Staat, das Militär, die Religion, der Nationalismus, Rassismus und Sexismus – dies alles hindert uns an einem selbstbestimmten und würdevollen Leben.

Neben der aktuellen Berichterstattung und eigenen Veröffentlichungen wollen wir möglichst umfassend über die aktuelle anarchosyndikalistische und revolutionär-syndikalistische Bewegung rund um den Globus informieren, sowie ihre Traditionen und Geschichten darstellen. Dabei grenzen wir uns von dogmatischen Positionen ebenso ab, wie von denjenigen Libertären, die den Anarchismus als Modeerscheinung behandeln und die Notwendigkeit des Klassenkampfes verleugnen.

Wenn durch unsere Webseiten Menschen mit den praktischen Vorstellungen und Ideen des Anarchosyndikalismus in Berührung kommen und sich mit ihm als Alternative zur bestehenden ungerechten kapitalistischen Gesellschaft befassen, ist das Ziel dieser Webseite erreicht. Alles andere wird und kann nur die Praxis im Klassenkampf erbringen, bis zur Vollendung der weltweiten Sozialen Revolution.

Für ein selbstbestimmtes Leben & Arbeiten – 24 Stunden am Tag!

Anarchosyndikalistischen Flugschriftenreihe



Über dreihundert Hefte direkt zum herunterladen

> > > > <http://klassenkampf.uuuq.com/asf.htm> < < < <



Reiche Erkenntnis & viel Freude beim Lesen.